



SPIEGEL-Serie über Wende und Ende des SED-Staates (6)
Die Woche vom 30. 10. 1989 bis zum 5. 11. 1989

»Rücktritt ist Fortschritt«

Mit halbherzigen Reformversprechungen und Rücktritten will die SED das Volk besänftigen, mit Stasi-Hilfe eine Großdemonstration umdrehen – vergebens. Fast eine Million Menschen fordern auf dem Berliner Alexanderplatz: „Der SED den Laufpass“.



Massendemonstration auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989

CHRONIK



»Politik zum Weglaufen«

Montag, 30. Oktober 1989

Halle

Fasziniert verfolgt Michael Beleites, 25, die Rundfunk-Nachrichten: Endlich hat das Thema Umweltschutz die Straßen erreicht, auf denen an diesem Montag hunderttausende von DDR-Bürgern demonstrieren.

„Sägt die Bonzen ab, nicht die Bäume“, „Öko-Daten ohne Filter“, „Leipzigs Luft ohne Schwefelduft“, „In Elbe, Mulde, Pleiße gehen Abwässer visafrei auf Reise“ – überall mischen sich Umweltschutzparolen in die Forderungen nach Meinungs- und Reisefreiheit.

Gelegentlich kam Hilfe aus dem Westen. Zwar versuchten Stasi-Einflussagenten wie der grüne Bundestagsabgeordnete Dirk Schneider beharrlich, die Öko-Partei auf SED-Kurs zu trimmen*. Umweltkämpfer wie Petra Kelly aber zeigten sich solidarisch mit der ökologischen Opposition im Osten. Grünen-Geschäftsführer Eberhard Walde ließ sogar Druckmaschinen und Geigerzähler, getarnt als Diplomatengepäck, in die DDR schmuggeln.

Doch nun, durch die Montagsdemonstrationen, gewinnt die grüne Bewegung an Schubkraft, kommen tabuisierte The-

men außerhalb der Kirchenzirkel zur Sprache – von der Verschmutzung der Elbe bis zum Waldsterben im Erzgebirge.

„Der Morgen“, die Zeitung der Blockpartei LDPD, prescht vor und veröffentlicht bislang strikt geheim gehaltene Umweltdaten: Alljährlich werden fast fünf Millionen Tonnen Schwefeldioxid und fast eine Million Tonnen Stickoxide in den Himmel über der DDR geblasen.

Die Umweltbewegung im Osten Deutschlands, so scheint es an diesem Tag, ist nicht mehr zu stoppen, die Gründung einer grünen Partei in der DDR nur noch eine Frage der Zeit.

Parole der ersten Öko-Demo in Halle: „Lasst Taten folgen, wir sind dabei.“

Ost-Berlin

Das Ende kommt um 21.35 Uhr, plötzlich, aber nicht unerwartet. „Guten Abend, meine Zuschauerinnen und Zuschauer, liebe



Im Bezirk Halle, der mit Umweltschutz meistbelasteten Region Deutschlands, demonstrieren 50 000 Menschen für saubere Luft und sauberes Wasser – zur Freude von Öko-Pionieren wie Beleites.

Auf verlorenem Posten hatte der Tierpräparator lange Zeit gegen die Umweltvergiftung durch den Uranabbau der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut gekämpft; allein durch Wismut-Emissionen starben nach Expertenschätzung binnen 40 Jahren mehr als 5000 Menschen.

Vier Jahrzehnte lang war Umweltschutz ein Fall für die Stasi gewesen, galten Öko-Kämpfer wie Beleites als Spione und Saboteure. Nur unter dem Schutz der Kirche konnten Samisdat-Zeitschriften wie die „Umweltblätter“ oder die „Arche Nova“ erscheinen, die über die verseuchte Luft in Bitterfeld oder über die Devisengeschäfte der DDR-Führung mit westlichem Giftmüll berichteten.

**Umweltschützer Beleites in Wismut (r.),
Stasi-Observationsfotos von Beleites (o.)**
Über 5000 Tote durch Uran-Abbau



P. BIALOBRZESKI / LAIF

Genossinnen und Genossen“, verkündet der bebrillte Bärbeiß auf dem Bildschirm, „diese Sendung wird nach fast 30 Jahren die kürzeste sein, nämlich die letzte.“

Nie zuvor bei einer der 1519 Folgen seines „Schwarzen Kanals“ konnte sich Karl-Eduard von Schnitzler, 71, des Beifalls seiner Zuschauer so sicher sein wie an diesem Abend. Denn kein anderer Ost-Berliner Journalist ist im Volk so verhasst wie der DDR-Chefkommentator, den sie überall „Karl-Eduard von Schni...“ nennen – dem Spottwort zufolge schalten alle ab, wenn eine Schnitzler-Sendung angesagt wird.

Groteske Schwarzmalerei über den Westen, devote Hofberichterstattung über den Osten – für das Volk verkörpert der adlige Agitator die Erzübel des sogenannten Journalismus in der DDR: Propaganda statt Berichterstattung, Zensur statt freier Aussprache (siehe Analyse Seite 102).

In den Wochen vor der Wende zeigte sich der Polemiker, ganz wie sein Förderer Honecker, außer Stande, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Als er dem Publikum weismachen wollte, der anschwellende Bürgerprotest („Großangriff auf die DDR“) sei vom Westfernsehen gesteuert, wurde der Hetzer zum Hatzobjekt Nummer eins.

„Schnitzlers Visage bringt alle in Rage“, „Schnitzler in die Muppet-Show“, „Schnitzler in den Tagebau“, „Schnitzler weg von Bild und Ton, er besudelt die Nation“ – auf das Stakkato der Demo-Sprüche kann die SED-Spitze nur noch defensiv reagieren.

Die Volksnäheren unter den Parteigrößen haben ohnehin seit längerem geahnt, dass der Schnitzlersche Journalismus der SED mehr schadet als nützt – wie es von anderer Warte Wolf Biermann formulierte:

*Hey, Schnitzler, du elender Sudel-Ede
Sogar, wenn du sagst, die Erde ist rund
Dann weiß jedes Kind: Unsre Erde ist eckig
Du bist ein gekaufter verkommener Hund ...*

In Dresden hat Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer kurz vor der letzten Sendung zornigen Protestlern versprochen, er werde deren Forderung „Schnitzler weg“ ans DDR-Fernsehen weiterleiten. Bei einem „Sonntagsgespräch“ mit 2000 Teilnehmern vor dem „Roten Rathaus“ in Ost-Berlin am Vorabend von Schnitzlers letztem Auftritt hatte auch SED-Bezirkschef Günter Schabowski den Kanal voll: „Ich bin sicher, dass Karl-Eduard diese Stimmungslage nicht verborgen geblieben ist, dass er ein kluger Mann ist und daraus Konsequenzen zieht.“

„Schwarzer Kanal, heut' zum letzten Mal“: Die Leipziger Demonstranten, die



Zurückgetretener Schnitzler (bei seiner letzten Sendung), Gewerkschafter Tisch: „Unsre Erde ist eckig“

am frühen Abend diesen Spruch skandiert haben, ahnten nicht, dass, was eben noch Forderung war, binnen Stunden Fakt werden sollte – und zugleich Auftakt einer Woche der Rücktritte.

Dienstag, 31. Oktober 1989 Ost-Berlin

Helle Aufregung herrscht in der Zentrale des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB). Meterweise quellen Protest-Telexe aus den Fernschreibern.

Die Basis in den Betrieben empört sich seit Tagen über verheerende Auftritte von Harry Tisch, 62, dem Vorsitzenden der parteitreuen Scheingewerkschaft. Wochenlang hatte der Funktionär auf die Unruhe im Lande ähnlich taub reagiert wie Honecker; dann plötzlich warf er den Vertrauensleuten seiner Gewerkschaft vor, sie seien allzu lange den Vorgaben der Partei gefolgt.

„Massenproteste werden angekündigt, Streiks“, notiert Günter Simon, Chefredakteur des FDGB-Blattes „Tribüne“, an diesem „stürmischen“ Vormittag.

Erst am Wochenende hat Tisch eine blamable Diskussion in der zunehmend aufmüpfigen TV-Sendung „Elf99“ absolviert – „eine Katastrophe“, wie selbst hauptamtliche Funktionäre urteilen. Simon: „Redakteure, die eine Nachricht für unsere Montag-Ausgabe über die Sendung schreiben wollten, erklären sich außer Stande, den Auftrag zu erfüllen.“

Am Sonntagabend im FDGB-Präsidium hat Simon den Rücktritt von Tisch gefordert. Begründung: Der Vorsitzende behandle den FDGB „wie sein Privateigentum“; ihm fehle es an „moralischer Stärke“; er sei unfähig, für „Eigenständigkeit der Gewerkschaften“ zu sorgen.

Doch der Redakteur fand keine Unterstützung. Arrogant setzte sich Tisch noch einmal über die Massenproteste hinweg: „Es wird zwar so sein, dass einige hunderttausend Gewerkschafter austreten, aber bei 9,6 Millionen Mitgliedern ist das zu verkraften.“



Jetzt, zwei Tage nach dem „ungeheuren Satz“, so Simon, kippt die Stimmung unter den Funktionären: „Die Berichte über die Unruhen in den Bezirken reißen nicht ab“, eine „Explosion“ droht – ein Arbeiteraufstand.

Mehrere Vorsitzende von Zentralvorständen suchen Tisch in dessen Amtsräumen auf, die ständig von der Volkspolizei bewacht werden. „Du musst erklären, dass du zurücktrittst, Harry, sonst ist die Empörung nicht mehr zu bremsen“, fordert IG-Bau-Holz-Chef Lothar Lindner. Tisch, fassungslos, blickt in die Runde: „Meint ihr das wirklich?“ Alles nickt.

„Tisch wendet sich ab. Schluchzen erschüttert ihn. Lothar Lindner umarmt ihn tröstend“, beschreibt Simon das „unrühmliche Ende“ eines „Kapitels Gewerkschaftsgeschichte in der DDR“.

Nach ein paar Minuten hat Tisch sich gefangen. Mannhaft diktiert er seinem Chefredakteur den ersten Satz einer Presseerklärung in den Block: „Harry Tisch hat mitgeteilt, er werde auf der Sitzung des FDGB-Bundesvorstandes am Donnerstag seinen Rücktritt erklären.“

Die Meldung geht über die Sender – und inspiriert sogleich Wortwitzbolde zu einem neuen Transparent-Text für die nächste Demo: „Krenz zu Tisch!“

Karl-Marx-Stadt

Exakt zwei Monate ist es her, da waren sich die Stasi-Gewaltigen noch sicher, das richtige Rezept für den Umgang mit der Opposition zu kennen.

Am 31. August, bei einer Dienstbesprechung, berichtete Generalleutnant Siegfried Gehlert, 64, welche Mittel er in Karl-Marx-Stadt bevorzugt, um das Neue Forum, „diese Banditen, wie man so schön sagt, in die Furche zu ducken“.

Dem Forum-Mitgründer Rolf Henrich, einem mit Berufsverbot belegten Rechtsanwalt und Ex-SED-Mitglied, werde die Stasi mit Hilfe bestellter Störer in Kürze in Zwickau denselben Empfang bereiten wie neulich einem „so genannten Liedermacher“ aus Berlin. Gehlert:

Durch Trampeln und Pfeifen der gesellschaftlichen Kräfte musste er sein Programm, was er für zwei Stunden geplant hatte, nach 10 Minuten abbrechen, weil niemand mehr zugehört hatte.

Nun, acht Wochen später, hocken die Stasi-Oberen selbst in der Furche.

Als am Vormittag das SED-Politbüro zusammentritt, liegt Krenz und Genossen ein Geheimbericht der Sicherheitsorgane zur Beratung vor, der das alarmierende Wort „Ausnahmestand“ enthält – und das Eingeständnis, dass die bisher verfolgten Strategien gescheitert sind:

Wenn es nicht gelingt, den Führungsanspruch unserer Partei durch Führungsqualität innerhalb der Partei und im Volk zu beweisen, sind Eskalationen nicht zu vermeiden ... Wenn es nicht gelingt, den Masseneinfluss mit politischen Mitteln zurückzudrängen, ist ein möglicher Ausnahmezustand nicht auszuschließen.

Dass der Versuch, die Opposition in Scheindialoge zu verwickeln und einzuschläfern, fehlgeschlagen ist, entnehmen die Politbürokraten einem zweiten Papier.

Das Dossier berichtet über eine Tagung am 27. Oktober, bei der die SED-Bezirksfürsten Niederschmetterndes zu Protokoll gegeben haben. „In den Betrieben fängt die Partei an zu wackeln“, lautet die Hiobsbotschaft aus Schwerin. „Die durchgeführten Foren entwickeln sich zu Gerichtsverhandlungen“, meldet der Statthalter aus Neubrandenburg. Und aus Dresden rapportiert Hans Modrow: „So, wie gegenwärtig die Lage ist, können wir die Weiterentwicklung des Neuen Forums nicht aufhalten.“

Im Politbüro versucht Schabowski an diesem Vormittag, Krenz zu radikalen Reformen zu bewegen. Er müsse mehr „Gags“ bringen, fordert der Berliner Bezirkschef: große und kleine Geschenke ans ungeduldige Volk, beispielsweise „ein neues Auto versprechen“ – so etwas müsse „jeden zweiten Tag kommen“.

Doch das Politbüro zeigt sich, wie der Magdeburger SED-Bezirkschef Werner Eberlein rügt, „nicht im Stande, politische Entscheidungen zu treffen“.

Ein Beschluss über den Umgang mit dem Neuen Forum wird vertagt, ebenso eine kritische Vorlage der FDJ. Volkskammerpräsident Horst Sindermann, 74, kann das klein Gedruckte nicht lesen, andere ärgern sich über den forschenden Ton.

Immerhin: Um dem „Erneuerungsprozess nicht länger im Weg zu stehen“, kündigen fünf Altgenossen zwischen 73 und 81 Jahren ihren baldigen Rücktritt aus dem Politbüro an – darunter mit Anzeichen tiefer Resignation auch Erich Mielke.

Am selben Tag unterzeichnet der amts-müde Stasi-Minister einen Befehl an die Chefs der Kreisdienststellen: Alle „operativen Unterlagen“ seien unverzüglich in Sicherheit zu bringen – „in Stahlblech- bzw. Panzerschränken“.

Moskau

Schneeregen fegt über die Piste, als die Interflug-Sondermaschine mit Egon Krenz abends in Moskau landet. Eine Sil-Limousine bringt ihn in ein Gästehaus auf den Leninbergen, wo sich Krenz auf sein Gespräch mit Gorbatschow vorbereiten will.

Der SED-Chef, der die Sowjetunion als seine „zweite Heimat“ bezeichnet, hat viele Bekannte in Moskau. Einer von ihnen, ein hochrangiger KGB-Mann, sucht ihn zu später Stunde im Gästehaus auf und bittet ihn zu einem nächtlichen Spaziergang durch den Park der Residenz.

Dort eröffnet der Besucher – dessen Namen Krenz auch zehn Jahre später noch geheim halten wird – dem Staatsgast: „Ihre Freunde, Genosse Krenz, möchten Sie davor bewahren, morgen ins offene Messer zu laufen.“

Gorbatschow, warnt der Namenlose, stehe unter wirtschaftlichem Druck und sei dabei, sich mit Bonn zu arrangieren – auf Kosten der DDR.

„Die Sowjetunion“, zitiert Krenz seinen KGB-Freund, „erlebt die schwierigste Lage seit der Oktoberrevolution ... Um wieder auf die Beine zu kommen, brauchen wir reiche Freunde ... Genosse Krenz, seien Sie wachsam. Die Gefahren für die DDR sind groß.“

Um 3 Uhr morgens legt sich Krenz zur Ruhe. „Schlafen“, notiert er, „kann ich in dieser Nacht kaum.“



Anwalt Henrich

Mittwoch, 1. November 1989

Moskau

Wuschelig schamponiert und braun gebrannt tritt Egon Krenz vor die internationale Presse. Mit strahlendem Lächeln versucht er den Journalisten weiszumachen, dass zwischen ihm und Gorbatschow pure Harmonie herrscht.

In Wahrheit musste Krenz dem Kremlchef berichten, über eine Anerkennung des Neuen Forum sei „noch nicht entschieden“ worden. Daraufhin hat Gorbatschow laut Protokoll die Zögerlichkeit Ost-Berlins gerügt: Die Partei dürfe „solchen Problemen nicht ausweichen“, sie müsse „mit diesen Kräften arbeiten“.

Der Journalistenfrage, ob die DDR freie Wahlen mit alternativen Kandidaturen gestatten werde, weicht Krenz aus: „Selbst wenn ich andere Gedanken hätte... Aber ich habe keine anderen Gedanken...“ Auch in diesem Punkt differieren die Positionen der Gesprächspartner. Zuvor bereits hat KPdSU-Sprecher Nikolai Schischlin Fragen von Journalisten zur Zukunft der DDR beantwortet.

Schischlin: „Niemand kann sagen, was geschehen wird. Aber ich bin sicher, dass diese Lage geändert werden sollte und geändert werden wird.“

Frage: „Wie wird es geändert werden?“

Schischlin: „Durch das Recht zur Wahl.“

Während des vierstündigen Gesprächs mit Gorbatschow quälen Krenz – wie er später bekunden wird – nagende Zweifel an der Loyalität des mächtigen Bündnispartners, „der letztlich über Sein und Nicht-Sein der DDR entscheidet“.

Vorsichtig erkundigt sich Krenz nach der künftigen Rolle der DDR in dem von Gorbatschow propagierten „gesamteuropäi-



Staatsgast Krenz, Gastgeber Gorbatschow: „Dies ist der Judaskuss“

schen Haus“: „Die DDR ist ein Kind der Sowjetunion. Es ist für uns wichtig zu wissen, ob ihr zu eurer Vaterschaft steht.“

Die Reaktion seines Gesprächspartners hält Krenz mit den Worten fest:

Als übersetzt wird, beobachte ich mein Gegenüber. Er ist nachdenklich. Er spricht leise einen Satz vor sich hin, so als würde er mit sich selbst reden. Ich glaube, es ist ein russisches Sprichwort, das sinngemäß heißt: Wie lang sich die Schnur auch windet, es kommt doch ein Ende. In meinen Notizen steht dahinter ein Fragezeichen.

Setzt Gorbatschow auf eine Wiedervereinigung Deutschlands? Der KP-Chef weicht aus und verweist auf die angeblich skeptischen Amerikaner – was den Argwohn von Krenz verstärkt: „Interessant, denke ich, sie reden mit den USA über die deutsche Einheit, nicht aber mit der DDR.“

Als Krenz zurückfliegt, ist gewiss: Von den sowjetischen Freunden kann er weder eine militärische Beistandsgarantie für den Fall eines Volksaufstandes noch irgendwelche ökonomische Hilfe zur Restabilisierung der Macht erwarten.

Gorbatschows Versprechen, die Staaten des ehemaligen Ostblocks dürften ihren „eigenen Weg“ gehen, hat der Sprecher des Außenministeriums, Gennadij Gerassimow, soeben auf eine bündige Formel gebracht: „Wir schauen, schauen sehr genau, aber wir mischen uns nicht ein.“

Diese neue Moskauer „Doktrin“ könne, so Gerassimow, auch als „Frank-Sinatra-Doktrin“ bezeichnet werden – nach dessen Erfolgssong „I did it my way“.

Schon am Vormittag, als Gorbatschow den Gast aus Ost-Berlin mit dem traditionellen Bruderkuß begrüßte, hatten sich Krenz-Begleiter überzeugt gezeigt: „Dies ist der Judaskuß.“

Ost-Berlin

Der Anrufer gibt sich geheimnisvoll. Der Mann stellt sich als Bauarbeiter vor und rät den Redakteuren der SED-eigenen „Berliner Zeitung“: „Schaut euch mal an, was im Ketschendorfer Weg 59 in Biesdorf geschieht.“

Reporter Hans Erdmann fährt an den Berliner Stadtrand und notiert:

Da steht ein Eigenheim kurz vor seiner Vollendung: Zwei Etagen mit reichlich 200 Quadratmeter Wohnfläche, zehn Räume, Gasheizung, Bäder und Duschen, die Fenster sind BRD-Import, ein zweistöckiger Wintergarten ist im Entstehen.

Auf der Baustelle eröffnen Bauarbeiter dem Journalisten, das Domizil im Grünen sei ein Objekt der „FDJ-Initiative“; die Maurer seien dafür eigens vom U-Bahn-Betriebswerk Friedrichsfelde abgezogen worden. Bauherr sei Gerhard Nennstiel, 43, Vorsitzender der Ost-IG Metall.

Erdmanns Bericht über den korrupten Gewerkschaftsbonzen erscheint auf Seite 3

der „Berliner Zeitung“ – und löst eine Lawine aus. Was vor einem Jahr nur Geraune verursacht hätte, bringt landauf, landab die Volksseele zum Kochen.

Kleine Gewerkschafts- und SED-Mitglieder, die selbst hinter grauen, bröckelnden Fassaden leben und für jede Tüte Dübel Schlange stehen müssen, geben wegen der Vorzugsbehandlung des Arbeiterführers zu Abertausenden ihre Mitgliedsbücher zurück. Andere stellen die Beitragszahlung ein.

„Ich habe in meinem Leben immer einfach, normal gelebt“ – die Erklärung, mit der Nennstiel auf die bislang beispiellose journalistische Enthüllung reagiert, facht den Zorn der Leser weiter an.

Am Abend wird der Gewerkschaftsboss zum Rücktritt gezwungen – erstes Opfer der von Tag zu Tag mutiger agierenden Presse. In den folgenden Wochen werden DDR-Medien zwischen Rügen und Suhl dutzendweise ähnliche Fälle von Funktionärshabgier aufdecken.

Donnerstag, 2. November 1989 Warschau

Bei seinem Antrittsbesuch in Polen wird Krenz auf dem Warschauer Flughafen von „guten Freunden“ empfangen. Wenig später, auf Schloss Belvedere, teilt der kommunistische Staatspräsident Wojciech Jaruzelski dem Genossen aus Ost-Berlin Tröstliches mit.

Die Staaten Westeuropas seien ebenso wie Polen strikt gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands, versichert der Präsident dem tief verunsicherten Krenz. Ein Stenograf hält Jaruzelskis Worte fest:

In meinen Gesprächen mit Cossiga, Andreotti, Mitterrand und Thatcher sagten sie auch, dass (eine Wiedervereinigung) überhaupt nicht möglich sei. Frau That-

cher erklärte in einem Vier-Augen-Gespräch, eine Wiedervereinigung sei absolut unannehmbar. Man dürfe keinen Anschluss zulassen, sonst würde die BRD auch noch Österreich schlucken. Das wäre eine reale Kriegsgefahr. Öffentlich geben sie das natürlich nicht zu, aber sie sind sich dessen bewusst, was das bedeuten würde.

Im Übrigen ist der Staatsbesuch wenig geeignet, Krenz optimistisch zu stimmen.

Gestern, im Gespräch mit Gorbatschow, hat der SED-Führer seine Angst eingestanden, dass sich nach einer Zulassung des Neuen Forum in der DDR „etwas Ähnliches wie die Solidarnosc“ entwickelt, das Bündnis zwischen Arbeitern und Bürgerrechtlern. Nun verspricht er sich von den polnischen Genossen guten Rat für die Ost-Berliner Regierungspolitik. Doch die Warschauer haben nur Warnungen parat.

Die Partei hat es mit dem Kriegsrecht versucht – und ist gescheitert. Mit Panzern, sagt Jaruzelski, hätten die Kommunisten geglaubt, „den Deckel auf dem Topf halten zu können, aber die Arbeiterklasse stand in der ersten Reihe gegen uns“.

Dann hat sich die Partei mit der Opposition an einen Runden Tisch gesetzt – und durch ungeschicktes Taktieren die zu lange als Satelliten missachteten Blockparteien gegen sich aufgebracht. Auf diese Weise hätten die Kommunisten, so Parteichef Mieczyslaw Rakowski zu Krenz, „die Quittung für unsere früheren Sünden“ bekommen.

Am Ende habe die Partei nach langem Zögern freie Wahlen zugelassen – und haushoch verloren. Nun könne sie froh sein, sagt Jaruzelski, dass ihr wenigstens „ein Kontrollpaket Aktien“, ein Rest von Einfluss, geblieben sei: die „Beteiligung an der Regierung, die Sicherheitsorgane und die Armee und das Amt des Präsidenten“.

Schließlich gibt Rakowski dem Gast die Warnung vor drei gefährlichen Fehlern mit auf den Weg nach Berlin: Gefängnisstrafen



Staatsgast Krenz, Gastgeber Jaruzelski: „Deckel auf dem Topf halten“

stärkten nur den „Martyrer-Mythos“ von Oppositionellen; „Privilegien“ für die Regierenden „reizten die Menschen in besonderer Weise“; „was man legalisieren darf und was nicht“, müsse rechtzeitig entschieden werden.

Beiden Gesprächspartnern ist klar: Genau diese Fehler sind in der DDR bereits begangen worden – unter der Verantwortung oder Mitverantwortung von Krenz.

Am Ost-Berliner Flughafen Schönefeld wird der Rückkehrer von ZK-Sicherheitschef Wolfgang Herger erwartet. Welche Schlussfolgerungen die beiden auf der Rückfahrt in die Stadt ziehen, offenbart

ordner. Unterbrochen wurde das bürokratische Einerlei einmal im Jahr durch eine skurrile Faschingsfeier, bei der sich Mielkes Offiziere als Staatsfeinde verkleideten – als Bischöfe, Pazifisten und Hooligans.

An diesem Tag ist alles anders. In der Zwingburg an der Normannenstraße herrscht Endzeitstimmung: Trotz massiver Stasi-Einmischung droht die für morgen angekündigte Großdemonstration auf dem Alexanderplatz außer Kontrolle zu geraten. Ein Marsch auf die Geheimdienstzentrale ist nicht auszuschließen.

Im Ministerium geht im Wortsinne das Licht aus. Die MfS-Spitze befiehlt den

tion mit den Ordnungshütern bedacht – sich ängstigen, die Angelegenheit könnte ihnen über den Kopf wachsen.

Manch einer würde aus Angst vor der eigenen Courage die Kundgebung am liebsten wieder absagen.

„In einer Beratung der Gewerkschaftsvertrauensleute der Theaterschaffenden Berlin“ ist laut Stasi-Notiz daher „festgelegt“ worden, „eine weitere Bekanntmachung größeren Stils – z. B. in Massenmedien – zu unterbinden, weil sonst die Teilnehmerzahl zu hoch ansteigen könnte ... Einige Organisatoren brachten die Befürchtung zum Ausdruck, die Teilnehmerzahl könnte 500 000 Demonstranten erreichen, falls die Werbung dafür nicht gestoppt werde“.

Doch die Mobilisierung haben zu diesem Zeitpunkt längst andere in die Hand genommen. „Die Absicht zur Durchführung der Demonstration“, meldet die Stasi-Hauptabteilung XX, „ist republikweit popularisiert worden, vornehmlich in Künstler- und Kirchenkreisen.“

In der Zentrale macht sich die Angst breit, die bevorstehende – möglicherweise entscheidende – Machtprobe mit der Opposition könne mit einem Sturm auf die Mauer oder auf die Normannenstraße enden. Um gegen „mögliche Angriffe“ auf ihr Quartier gewappnet zu sein, lässt die Stasi Waffenkammern und Munitionsräume sichern. Zugleich wird „die schnelle Verlagerung operativ bedeutsamer Materialien und Unterlagen“ vorbereitet.



Geschenkesammlung im Mielke-Büro: „Arbeitsräume verdunkeln“

Herger später einem Historiker: „Jetzt half nur noch Modrow, den Gorbatschow sehr gelobt hatte, als Ministerpräsident.“

Freitag, 3. November 1989 Ost-Berlin

Seit 40 Jahren wuchert im Ost-Berliner Stadtteil Lichtenberg ein gargantueskes Parallel-Universum. Um Platz zu schaffen für seine Zentrale des Schreckens, hat Erich Mielke einen ganzen Stadtteil mit Beschlag belegt.

In dem grauen Konglomerat aus Hochhäusern und Flachbauten, Kliniken und Kantinen, Archiven und Werkstätten arbeiten 25 000 Hauptamtliche – allesamt mit militärischem Rang; die Küchenfrauen im Ministerium für Staatssicherheit etwa sind Feldwebel.

Jahrzehntelang ging in „der Firma“ alles seinen sozialistischen Gang. Der „Genosse Armeegeneral“ hortete Gastgeschenke, vom bulgarischen Zinnteller bis zum mongolischen Krummsäbel, und sammelte Orden (insgesamt 274); Tüftler montierten Geheimkameras in Gießkannen und Wanzen in Handtaschen; Führungsoffiziere füllten Regale mit Spitzelberichten, im Laufe der Zeit 122 Kilometer Akten-

Tschekisten, sich einzuigeln: „Bei Dunkelheit sind die Arbeitsräume zu verdunkeln.“

Wochenlang hatte die Geheimpolizei geglaubt, die Veranstalter des geplanten „Meetings“ im Griff zu haben. Als völlig unkalkulierbar gilt neuerdings jedoch das Verhalten des Fußvolks, das, wie Spitzel aus allen Ecken der Republik melden, zu zehntausenden nach Berlin strömen will.

Vergebens haben sich SED und Stasi bemüht, den Zulauf aus der Provinz zu drosseln. Noch am 31. Oktober schrieb Mielke an seine Dunkelmänner:

Durch Dialogangebote und andere gesellschaftliche Möglichkeiten in den Wohnorten, Arbeits- und Unterrichtsstätten soll gezielt einer Teilnahme von Personen, Arbeits- und Schulkollektiven an dieser Demonstration bzw. an dem Meeting in der Hauptstadt entgegengewirkt werden.

Doch der greise Minister hat die Sogkraft der Veranstaltung unterschätzt.

Bereits einen Tag nach dem Mielke-Brief notierte Stasi-Leutnant Edgar Hasse im Anschluss an eine Dienstbesprechung: „Demo am 4. 11. scheint nicht mehr überschaubar ... Sache kann nicht mehr gestoppt werden.“ So gewaltig ist der erwartete Ansturm, dass selbst die Veranstalter – in rotpreußischer Disziplin um Koopera-



SED-Politikerin Honecker
Gemüter besänftigen

Ihre Waffen sollen die Sicherheitskräfte nicht einsetzen dürfen. „Die Anwendung der Schusswaffe im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen ist grundsätzlich verboten“, hat der Verteidigungsrat angeordnet.

Um das Schlimmste zu verhindern, mobilisiert die Berliner SED tausende bewährter Anhänger, die darin erfahren sind, ihrer Partei als Claqueure zu dienen und Störer aus dem Weg zu rempeln. Es sei veranlasst, halten die Geheimdienstler fest, dass „gesellschaftliche Kräfte in Abstimmung mit der Partei wirkungsvoll zum Einsatz gebracht werden“.

Die wichtigste Aufgabe hat an diesem Tag SED-Generalsekretär Egon Krenz zu erfüllen. Er soll am Vorabend der Großkundgebung die Gemüter der Bürger be-

sänftigen, die allerorten „Rücktritt ist Fortschritt“ rufen.

In einer abendlichen TV-Ansprache verkündet Krenz ein Bündel von Demissionsankündigungen und Reformversprechen.

Bereits tags zuvor waren diverse Abdankungen publik geworden – von Bildungsministerin Margot Honecker, den Blockpartei-Vorsitzenden Gerald Götting (CDU) und Heinrich Homann (NDPD) sowie zwei SED-Bezirkschefs. Nun gibt Krenz die am Dienstag im Politbüro abgesprochene Demission der Seniorenriege bekannt, darunter, neben Mielke, auch Hermann Axen (Außenpolitik) und Kurt Hager (Ideologie).

Am kommenden Montag soll zudem, wie Krenz mit Willi Stoph vereinbart hat, der gesamte Ministerrat zurücktreten.

Über diesen Termin und die geplante Nachfolgeregelung informiert der SED-Chef den Sowjetbotschafter Kotschmassow: „Ich werde dem ZK vorschlagen, Hans Modrow als Kandidaten für den neuen Ministerpräsidenten zu nominieren.“

Um den Volkszorn zu dämpfen und um eine erneute Besetzung der Prager Botschaft zu vermeiden, gibt die Regierung überdies eine erstaunliche Entscheidung bekannt: Die DDR gestattet ihren Bürgern, vorerst – bis zum Inkrafttreten des geplanten neuen Reiserechts im Dezember – die Republik via ČSSR gen Westen zu verlassen, ohne jegliche Formalitäten.

Kaum jemandem erschließt sich zu diesem Zeitpunkt die politische Tragweite des Beschlusses.

Sonntag, 4. November 1989 Ost-Berlin

Als der Morgen graut, hat die Stasi ihre Vorbereitungen für die mit Bangen erwartete Kundgebung auf dem Alex abge-

schlossen. In konspirativen „Objekten und Wohnungen mit Telefonanschluss“ entlang der Demonstrationsstrecke liegen befehlsgemäß hunderte von Stasi-Leuten auf der Lauer. Vom Marx-Engels-Platz bis zur Grenze haben bewaffnete Geheimpolizisten Posten bezogen.

Die Befehlslage ist klar: Geschossen werden darf während der Demonstration nicht, und auch Festnahmen sollen möglichst unterbleiben. Gewaltanwendung, „der jeweiligen polizeilichen Situation angemessen“, ist nur außerhalb des „Sichtbereiches von Kameras und Fotoapparaten“ erlaubt.

Als gegen neun Uhr die ersten Demonstranten auftauchen, unternehmen Stasi-Männer in Räuberzivil noch den hoffnungslosen Versuch, sie wieder nach Hause zu schicken: Nach der jüngsten Krenz-Rede sei die Kundgebung doch überflüssig, argumentieren sie.

Unterdessen wartet Bärbel Bohley am Grenzübergang Friedrichstraße vergebens auf die Einreise von Wolf Biermann, den sie zur Demonstration eingeladen hat. Der Liedermacher wird von den Grenzern nicht durchgelassen – und spricht Journalisten ins Mikrofon: „Vor 25 Jahren wurde ich verboten, ausgeulbricht, 1976 in den Westen ausgehockert und jetzt ausgekrenzt.“



R. SUCCO / ACTION PRESS

Krenz sitzt unterdessen, hochgradig nervös, im Arbeitszimmer von Innenminister Dickel. Mit Stoph sowie Stasi-Minister Mielke und Verteidigungsminister Keßler verfolgt er per Monitor das Geschehen.

Für den Fall, dass es zu dem befürchteten Grenzdurchbruch am Brandenburger Tor kommt, sind ein heißer Draht zu Gorbatschow und Standleitungen zur Sowjetarmee in Wunsdorf und zur KGB-Zentrale in Karlshorst geschaltet.

Trotz feuchtkalten Wetters haben sich auf dem Alex nicht – wie von der Stasi befürchtet – 500 000 Menschen versammelt, sondern fast eine Million. Und viele tragen nicht die staatstreuen Parolen, die zuvor zwischen Veranstaltern und Volkspolizei abgesprochen worden waren, sondern Plakate mit jener Mischung aus Biss und Witz, die aus Leipzig und anderswo bekannt ist: „Kein Artenschutz für Wendehälse“, „Trittbrettfahrer, zurücktreten!“

Die Kundgebung leitet Henning Schaller vom Maxim-Gorki-Theater, ein von der Stasi als „politisch-negativ“ eingeschätzter Mann – der klammheimliche Versuch der Geheimpolizei, „Einfluss“ auf die „Festlegung des Moderators“ zu nehmen, ist fehlgeschlagen.

Wie zum Hohn lassen die Organisatoren den Protestbarden Kurt Demmler singen:

*Irgendeiner ist immer dabei
von der ganz leisen Polizei.
Irgendeiner macht immer 'n Strick
und wenn du's nicht bist, bin's ick.*

Das DDR-Fernsehen überträgt live. So sind Abermillionen Zeuge, wie der Stasi-Pensionär Markus Wolf (siehe Porträt Seite 100) mehr Buhrufe als Beifall erntet: Ihn hat Schallers listige Regie unmittelbar nach

**Kundgebungsredner Heym,
Kundgebung auf dem Alexanderplatz**
„Als habe einer die Fenster aufgestoßen“



J. WIT / SIPA PRESS

Demmlers umjubeltem Auftritt aufs Podium geschickt.

Günter Schabowski macht die letzten Partei-Hoffnungen zunichte, auf die Demo „stimulierend im progressiven Sinne einwirken zu können“ (SED-Bezirksvize Helmut Müller im geheimen Vorbeurteilungsgespräch). Dem beflissenen Wendehals – „Wir lernen unverdrossen“ – müssen die Veranstalter beispringen gegen die überbordenden Zurufe: „Aufhören, aufhören!“

Den richtigen Ton treffen hingegen Redner wie der Liberaldemokrat Gerlach („Es geht jetzt um den Rücktritt der Regierung“) oder Stefan Heym: „Es ist“, ruft der Schriftsteller, „als habe einer die Fenster aufgestoßen nach all den Jahren der Stagnation, nach all den Jahren der Dumpfheit und des Miefs, des Phrasengewächs und bürokratischer Willkür.“ Die Schauspielerin Steffi Spira zitiert am Ende Bert Brecht: „So wie es ist, bleibt es nicht ... Aus Niemals wird: Heute noch!“

Dem werden Historiker später wenig hinzuzufügen haben. „Der 4. November ist ein Markstein“, urteilt der Wende-Chronist Stefan Wölle: „Von nun an geht nichts mehr zurück.“

Sonntag, 5. November 1989 Ost-Berlin

Die Fenster der Stasi-Wohnung über dem Fleischerladen an der Plesser Straße 8 bleiben heute abend dunkel – die Geheimpolizei hat ihre Agenten auf der anderen

Straßenseite platziert, mitten im Beobachtungsobjekt, dem rotbraunen Ziegelbau der Treptower Bekenntniskirche.

Gegen 19.30 Uhr versammeln sich in dem Gotteshaus rund 300 Menschen. Pfarrer Werner Hilse, 55, Betreuer von Ausreisewilligen, Homosexuellen und Umweltschützern, hat neben dem Taufbecken an der Stirnwand (Aufschrift: „Eine feste Burg ist unserer Gott“) einen Tisch aufbauen lassen. Dahinter verliert der bärtige Carlo Jordan, 38, Mit-Initiator der Ost-Berliner „Umweltbibliothek“, einen Aufruf zur „Gründung einer Grünen Partei“.

Doch der Vorschlag wird zerredet. Energisch und eloquent versucht der Vertreter des Demokratischen Aufbruchs, Rechtsanwalt Wolfgang Schnur, eine formale Parteigründung zu verhindern.

Ähnlich wie der Anwalt, der unter dem Decknamen „IM Torsten“ mit der Ge-

heimpolizei konspiriert, spielen Vertreter der von der Stasi infiltrierten Öko-Gruppen und des SED-nahen Kulturbundes auf Zeit. Die Versammlung löst sich auf.

Enttäuscht fährt Jordan mit seinem Trabi nach Hause. Zur Gründung einer grünen Partei wird es – spät, zu spät – erst am 24. November kommen, zu einem Zeitpunkt, zu dem das Thema Wiedervereinigung die Umweltproblematik wieder in den Hintergrund gedrängt hat.

Um 22 Uhr verschließt Hilse die Pforten seines Gotteshauses. Gegenüber, in der konspirativen Wohnung, auf deren Balkon „die Herren von der Firma“ an warmen Sommerabenden gern ein paar Runden Skat spielen, ist noch immer alles dunkel.

Prag

„Eure Politik ist zum Weglaufen“ – die Zukunftsangst, die der Demonstrationsspruch einfängt, hat auch der Liberalisierer Krenz den DDR-Bürgern nicht nehmen können.

Seit Jahresbeginn hat der Arbeiter-und-Bauern-Staat rund 180 000 Menschen verloren, mehr als ein Prozent der Bevölkerung. Und die Absetzbewegung hält weiter an.

Über Ungarns grüne Grenze haben 50 000 DDR-Bürger die Flucht ergriffen. Bis Silvester sind sämtliche Interflug-Maschinen auf den Strecken Berlin-Budapest und Dresden-Budapest ausgebucht; zu haben sind nur noch Rückflüge.

Seit Krenz vor zwei Tagen die ČSSR-Grenze geöffnet hat, ist die Ausreisebewegung zur Stampede geworden: Binnen 48 Stunden sind mehr als 20 000 Menschen in den Westen gereist.

Allmählich erst erschließen sich den Beobachtern die Dimensionen des Wandels. Der Kommentator der West-Berliner „Tagesszeitung“ schreibt für die Montagsausgabe seines Blattes:

Die Mauer ist gefallen ... Seit Freitagnacht kann sich ein DDR-Bürger aus Karl-Marx-Stadt in seinen Trabi setzen und nach München fahren ... Der Wind, der aus dem Osten kommt, hat eine solche Wucht bekommen, dass die historischen Relikte, die da vorbeiwirbeln, kaum noch Aufmerksamkeit erregen ... Es ist die erstaunlichste, die unvorstellbarste Revolution, die man sich denken kann.

Unvorstellbar, in der Tat. So unvorstellbar, dass keinem Kommentator in den Sinn kommt, die Mauer könnte drei Tage nach Erscheinen dieses Textes wirklich brechen.

JOCHEN BÖLSCHKE;
HANS HALTER, SEBASTIAN KNAUER,
NORBERT F. PÖTZL, IRINA REPKE,
CORDT SCHNIBBEN, PETER WENSIERSKI



Grünen-Treffen in Treptow: Die Stasi spielt auf Zeit



DDR-Bürger auf Westkurs (bei Schirnding): „Die Mauer ist gefallen“